

Dr. Günter Stummvoll (Österreich): Lieber Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst großer Dank an die deutsche Präsidentschaft, dass Sie etwas fortsetzen, was wir in Österreich vor einem Jahr bei unserer Präsidentschaft begonnen haben, nämlich diesen Kreis der Finanzausschussvorsitzenden nicht einschlafen zu lassen, sondern fortzusetzen. Und ich hoffe sehr, dass unsere Freunde aus Portugal und Slowenien diese - bald schon - Tradition auch fortsetzen werden. Ich glaube, es entspricht dem zunehmenden Selbstbewusstsein der Parlamentarier, dass wir nicht alles der Regierung überlassen, Herr Bundesminister, ich glaube, Sie haben Verständnis dafür. Und außerdem wissen wir, dass wir gerade im Finanzbereich in Form des ECOFIN auf EU-Ebene ein sehr schlagkräftiges Organ haben und ich glaube, es ist wichtig, dass die nationalen Parlamente und vor allem die Finanzausschüsse hier auch bei der Zukunftsgestaltung entsprechende Möglichkeiten haben. Ich bin auch dankbar dafür, dass wir dieses Thema gewählt haben, denn es gehört zweifellos zu den ganz großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit, ähnlich wie die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt. In der Tat möchte ich dem Herrn Bundesminister de Maizière gratulieren. Ich glaube, er hat die ganze Bandbreite des Problems wirklich sehr schön zusammengefasst. Was mir sehr wichtig erscheint, ich möchte vielleicht nur zwei Punkte hervorheben: Also erstens, wir beschließen in Österreich in zwei Tagen ein Doppelbudget für die Jahre 2007/2008 im Rahmen der neuen großen Koalition. Die Rückführung der Staatsverschuldung im Sinne einer nachhaltigen und langfristigen Finanzpolitik, glaube ich, ist unerlässlich. Schulden sind verbrauchte Zukunft und wir müssen alles tun, dass wir bei einer schrumpfenden Bevölkerung und bei einer zunehmenden aging society einfach nicht die Lasten noch zusätzlich auf die künftigen Generationen schieben. Das Zweite ist der große Bereich der Pensionsversicherungen. Der Bundesminister hat darauf hingewiesen - und wir in Österreich haben hier auch unsere Erfahrungen -, dass Pensionsreformen natürlich nicht das sind, wo einem dann die Wähler zujubeln. Ich glaube auch, wir müssen da sehr achtgeben, wie wir die Botschaft versenden. Eine Botschaft, die da lautet: „Ihr müsst alle länger arbeiten.“ ist keine sehr klug formulierte Botschaft. Die

Botschaft müsste vielmehr lauten: „Wir - die Politik - wir werden alles tun, damit Ihr länger arbeiten könnt.“ Denn was sagen wir dem 60-Jährigen, der sagt, ich tät gern länger arbeiten, aber ich kann gesundheitlich nicht mehr? Was sagen wir der 55-Jährigen, die sagt, ich tät gern länger arbeiten, aber meine Qualifikation am Arbeitsmarkt wird nicht nachgefragt. Was sagen wir dem 60-Jährigen, der sagt, ich tät gern länger arbeiten, aber der 35-Jährige ist arbeitskostenmäßig um 30 Prozent billiger und der Betrieb wird ihn einstellen und nicht mich. Das heißt, wir haben hier eine unglaublich umfassende Herausforderung, die von Pensionsexperten allein nicht zu lösen ist, sondern eine Herausforderung an die Gesundheitspolitik, an die Bildungspolitik, an die Einkommenspolitik und an die Arbeitsmarktpolitik. Und ich glaube, wichtig ist - ich sage es noch einmal -, wie wir die Botschaft versenden. Wir dürfen nicht sagen: „Ihr müsst alle länger arbeiten.“, sondern wir Politiker werden alles tun, gesundheitspolitisch, bildungspolitisch, einkommenspolitisch, arbeitsmarktpolitisch, damit Ihr länger arbeiten könnt. Ich glaube, das ist wahnsinnig wichtig, denn wir haben nichts davon, wenn wir richtige Erkenntnisse haben und dann jene, die sie umsetzen, die nächste Wahl verlieren.

Giorgio Benvenuto (Italien): Sehr geehrter Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Treffen konzentriert sich ja auf zwei getrennte Themen, die sich teilweise ergänzen. Die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen und die Stabilität der Finanzmärkte, ausgehend von den großen aktuellen Veränderungen in Europa, besonders hinsichtlich der Bevölkerungsstruktur. Ich gehöre zu denjenigen, welche Veränderungen nicht mit Angst begegnen. Allerdings unter einer Bedingung, nämlich der, dass in Europa die Rechte und Charakteristiken einer großen Demokratie eines Staates bewahrt werden, der wirtschaftliche Entwicklung schützt, der Schutz der Rechte und der Umwelt miteinander verbinden kann und der die eigenen politischen und wirtschaftlichen Institutionen reformiert, um seine Effizienz auf den neuesten Stand zu bringen, auch um seine Leistungsfähigkeit zu erweitern. Mein Beitrag konzentriert sich auf die Stabilität der Finanzmärkte. Ein nur dem Anschein nach technischer und von den demografischen

Veränderungen getrennter Bereich, in dem sich jedoch Fragen stellen, welche die Rechte des Einzelnen als Sparer betreffen. Die dynamische Konsolidierung der Finanzdienstleistungen und die immer größere Integration der Märkte bilden ein unverzichtbares Ziel. In der Tat läuft die Effizienz der Finanzdienstleistungen immer stärker über die Integration. Diese Sichtweise gilt insbesondere für die paneuropäischen Märkte der langfristigen Anlageprodukte für die Finanzierung des Rentendefizits sowie für den Binnenmarkt der Einzeldienstleistungen. Gleichzeitig - und das sage ich hier mit der notwendigen Deutlichkeit - muss der Gesetzgeber die Verpflichtung auf sich nehmen, bessere Gesetze zu erlassen, gemäß den mehrmals von der Europäischen Kommission geäußerten Hinweisen. Ich schließe mich den Zielen der Europäischen Kommission an, die auf die Umsetzung und die anschließende Bewertung der geltenden Regelungen setzt und dabei streng die Verpflichtung zur besseren Gesetzgebung befolgt und zwar durch Methoden: Befragung der interessierten Gruppen vor der Phase der Normierung; Folgenbewertung, die jeden neuen Vorschlag der Kommission begleitet; schnelle und genaue Umsetzung der Gemeinschaftsgesetzgebung in die Rechtsordnung der Mitgliedstaaten, in dem Wunsche, dass das Gleis der legislativen Umsetzung und das Gleis der technischen Umsetzung parallel voranschreiten; Verbesserung der Transparenz und Vergleichbarkeit von Finanzdienstleistungen mit dem Ziel, den Verbrauchern zu helfen, die Finanzprodukte kennenzulernen und so z. B. im Rentenbereich passende Investitionsentscheidungen zu fördern; Stärkung der Synergien zwischen Finanzdienstleistungen und anderen Bereichen, in denen die Kommission gesetzgeberisch eingreift, wie dem Schutz des Wettbewerbs, Verbraucherschutz; Abschaffung der steuerlichen Verzerrungen, die sich aus den Widersprüchlichkeiten der verschiedenen nationalen Steuergesetzgebungen ergeben. In diesem Sinne besteht das aner kennenswerte Ziel der Europäischen Kommission, der Bekräftigung des sog. Lamfalussy-Verfahrens, das so weit entwickelt werden soll, dass es in den nächsten fünf Jahren seine maximale Leistungsfähigkeit erreicht. Es ist notwendig, so schnell wie möglich eine gemeinsame Regelung der zusätzlichen Vorsorgefonds in Angriff zu nehmen und es so den europäischen Bürgern zu

ermöglichen, die in Vorsorgefragen weniger geschützt sind, als in der Vergangenheit, in stabile und ertragreiche Instrumente zu investieren, die in der gesamten Union zu den gleichen Bedingungen angeboten werden. Denn in der Tat erfordern der erreichte Wohlstand unserer Gesellschaften und das Ansteigen der Lebenserwartung ein Nachdenken über die finanzielle Stabilität des Welfare-Systems. Es ist notwendig, die Reform der Berechnungsmechanismen für die öffentliche Altersversorgung mit der vollständigen Umsetzung der zusätzlichen fakultativen Instrumente des Arbeitnehmers zu verbinden, die in einer ersten Phase von steuerlichen Erleichterungen begleitet werden müssen. In den nächsten Jahren wird die italienische Regierung und das Parlament aufmerksam die politischen Entwicklungen der Union verfolgen, deren vorrangigen Ziele die folgenden sind: Konsolidierung der Fortschritte hin zu einem integrierten, effizienten europäischen Finanzmarkt; Förderung eines Marktes, in dem die Finanzdienstleistungen und das Kapital frei und so kostengünstig wie möglich in der ganzen Europäischen Union zirkulieren können, wobei es jedoch ein passendes Niveau an Überwachung, Stabilität und Verbraucherschutz beizubehalten gilt; Umsetzung und Einhaltung der in diesem Bereich geltenden Regelungen. Derzeit hat der Integrationsprozess der europäischen Märkte für Finanzdienstleistungen ein zufriedenstellendes Level in zahlreichen Bereichen erreicht. Großmärkte, Börsen, Infrastrukturen der Finanzmärkte - man denke nur an die Ausgleich- und Regulierungssysteme. Es ist notwendig, auf diesem Wege weiter voranzuschreiten, indem man die für die Freizügigkeit von Kapital- und Finanzdienstleistungen wichtigen wirtschaftlichen Barrieren beseitigt. Eines der Grundkriterien, an denen die Nützlichkeit neuer Regelungsvorstellungen zu bewerten ist, könnte darin bestehen, ob sie geeignet sind, grenzübergreifende Operationen zu erleichtern und die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Finanzmärkte zu verbessern und dabei gleichzeitig die innere Stabilität zu schützen. Die angenommenen legislativen Regelungen müssen die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit berücksichtigen und den Wettbewerb fördern. Weitere wichtige Elemente der Tätigkeit der Kommission liegen in der Konvergenz der Aufsichtssysteme in Europa in der Synergie mit anderen Politikbereichen, insbesondere

der Politik zum Schutze des Wettbewerbs und der Verbraucher; in der Debatte über die Lenkungsstrukturen in der Finanzierung und der politischen Verantwortung der Gremien internationaler Normierung. Abschließend möchte ich meine Zufriedenheit über die laufende Konferenz zum Ausdruck bringen und ich möchte ganz herzlich dem Vorsitzenden, Herrn Oswald, danken, denn ich denke, dass die gegenseitige Kenntnis der Mitglieder der nationalen Parlamente einen tatsächlichen Antriebsfaktor für die Politikbereiche der Union darstellt. Wir kennen alle die Bedeutung der laufenden Veränderungen auf internationaler Bühne in der Zeit der Globalisierung der Wirtschaft. Europa kann sich einer Entscheidung für weitere Integration nicht entziehen, die seine Rolle gegenüber den aufstrebenden Supermächten stärkt. Danke schön.

Mário Patinha Antão (Portugal): Herzlichen Dank Herr Oswald. Zunächst einmal möchte ich den Kollegen und Kolleginnen aus Deutschland danken. Ich danke unseren Gastgebern für diese Tagung und für die Auswahl des Themas für diese Konferenz, denn alternde Gesellschaften, Demografie sind ganz wichtige Fragen, die zutun haben mit der Nachhaltigkeit der Gesellschaften auf lange Sicht gesehen. Es war sehr interessant, was Herr Dr. Linssen und Herr de Maiziére hier vorgetragen haben. Und wir wissen, dass die Aufgabe, die sich uns stellt, mit der Perspektive 2050, darin besteht, Nachhaltigkeit zu erzielen und das ist dann eine große Aufgabe für alle Länder in Europa. Die Prognosen, die vorliegen, die Hochrechnungen und Projektionen sind ja in der Regel eher besorgniserregend und es ist sicherlich nicht adäquat, hinzugehen und business as usual als Motto der Politik zu nehmen. Ich möchte auch unseren Kollegen und Kolleginnen aus Österreich danken. Sie haben die Initiative ergriffen, diese Begegnungen der Vertreter der nationalen Parlamente und Finanzausschüsse zu initiieren und ich möchte gerne ganz offiziell ankündigen, dass Portugal sich diesem Team anschließt und dass wir auch eine solche Sitzung am 5. und 6. November in Lissabon stattfinden lassen werden. Und wir würden uns sehr freuen, wenn Sie auch alle an dieser Sitzung dort teilnehmen würden, damit wir diese wichtigen Diskussionen fortführen können. Zum Thema: Eine kurze

Bemerkung auf der Grundlage der portugiesischen Erfahrungen mit Finanzsystemen. Vorausschickend möchte ich allerdings sagen - und das ist auch mein Ausgangspunkt -, dass es ja die Strategie von Lissabon gibt, umgestaltet und sehr praxisorientiert. Wir versuchen aktuell sozusagen die best practise der Politik zu vergleichen, um zu schauen, wie können wir die sogenannten unpopulären Reformen denn an den Mann bzw. an die Frau bringen. Rentenreformen und ähnliches sind ja nicht immer einfach und wir versuchen zu vergleichen, welche Politiken betrieben werden. Es ist meiner Meinung nach oft so, dass Ängste geschürt werden - gerade angesichts dieser schwierigen Politiken. Bei den Reformen der Rentensysteme haben wir eine ganze Reihe von Erfahrungen gemacht, die uns deutlich gemacht haben, dass es wichtig ist, dass man diese Reformen nicht isoliert betrachtet, d. h. eine solche Reform muss man in den Kontext setzen. Also es geht nicht nur um eine Rentenreform, oder es geht nicht nur um die Kapitaldeckung der Renten oder eine entsprechende Umgestaltung des Systems selbst, sondern wir müssen das tatsächlich auch in Verbindung bringen mit anderen Bereichen der Politik und da spielt natürlich die Demografie eine wichtige Rolle. Anreize sollten gegeben werden, sodass Familien mehr Kinder bekommen z. B. - wir sehen das mit Blick auf das, was wir bei uns versucht haben zu entwickeln als eine Politik. Und das ist ja auch in den Vorträgen hier gesagt worden, dass die meisten jungen Paare eher weniger Kinder haben möchten. Also, das Leben, wie es sich aktuell darstellt - darauf wurde verwiesen - sorgt dafür, dass die meisten sagen: ein Kind - na ja, vielleicht zwei Kinder. Wir müssen also sehen, ob nicht wirtschaftliche Anreize denkbar sind, sodass junge Menschen auch gerne größere Familien haben wollen. Wir müssen schauen, ob wir Hilfe finden für größere Familien, um diese sinkende Geburtenrate aufzufangen. Manchmal sind es ganz simple Dinge, z. B. preiswerterer Strom, preiswertere Wasserversorgung für größere Familien oder Zuschüsse oder Anreize für Bildung - auch in den ersten Schuljahren schon - also das sind ganz interessante Sachen und ich denke, daran müssen wir arbeiten. Einwanderungspolitik ist eine andere Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Und ich denke, die Länder müssen schauen, dass auch mehr

Migranten nach Europa kommen, denn auch das ist ja eine Möglichkeit, vielleicht ein Gleichgewicht auf globaler Ebene zu finden. Wirtschaftlich gesprochen ist natürlich die Frage der gesteigerten Produktivität ganz wichtig. Denn auch mehr Produktivität bedeutet mehr Wachstum. Noch mal zurück zum Rentensystem: In Portugal haben wir es geschafft, ein bisschen aus dem sehr negativen Trend in Richtung 2050 herauszukommen, denn wir sind ein Land in einer Gruppe von Ländern, die massive Probleme bei der Umstrukturierung der Rentensysteme hatte. Wir haben einige kritische Maßnahmen durchgeführt und eine Studie der portugiesischen Nationalbank, die in ein paar Tagen veröffentlicht werden wird, zeigt auch, dass es sich erwiesen hat, dass die Reformen, die wir durchgeführt haben, tatsächlich ein Gleichgewicht wird und das mit Blick auf das Jahr 2050, ja sogar das Jahr 2055. Der sog. Nachhaltigkeitsfaktor spielt auch eine Rolle in dem, was wir uns vornehmen müssen. Also wirklich mit Blick auf die nächsten 20 bis 30 Jahre. Mit anderen Worten, ich versuche hier deutlich zu machen, es kann gelingen. Man kann es tun, es kann klappen, in diesem europäischen Kontext, in dem wir tatsächlich hingehen sollten und uns austauschen sollten über best practise. Wir haben bisher noch nicht den sog. zweiten Pfeiler geschaffen, also die Kapitaldeckungsfrage gelöst, aber auch hier überlegen wir, was getan werden kann, auch z. B. im Bereich Förderung der Unternehmen, Förderung der Sparbereitschaft der Einzelnen. Und ich teile auch das, was hier aus Italien berichtet wurde zum Thema privater Kapitalfinanzmarkt. Auch das ist ja eine Option, um zu überlegen, welche Möglichkeiten der Förderung der Programme gibt es hier. Auch das kann ja positiv eingesetzt werden - diese Instrumente, die sich dann auch sehr produktiv und profitabel auswirken für die Politiken, die wir umsetzen wollen. Und schließlich denke ich auch, dass Treffen wie dieses hier genutzt werden sollten, um einen Weg zu finden, um Informationen weiterzugeben, untereinander Studien z. B. grundlegende Fakten, die es bei den einen gibt, sollten an die anderen kommuniziert werden, weil das ja doch bessere Grundlagen dann sind für unsere Entscheidungsfindung und um Lösungen zu finden für die Themen der Finanzreformen, die wir heute - aber mit Sicherheit auch in den nächsten Jahren - auf der Tagesordnung haben werden.

Insbesondere ja angesichts der alternden Gesellschaften und des demografischen Wandels. Also noch einmal auch Dank dafür, dass Sie dieses Thema hier auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Klaus Haekkerup (Dänemark): Vielen Dank erstmal für das Wort und auch vielen Dank für zwei hervorragende Reden, die wir an diesem Morgen gehabt haben. Zwei Bemerkungen über das, was wir in Dänemark gemacht haben: Das Problem um die Pensionierungswelle wird auch bei uns kommen. Wir haben im Jahr 2001 beschlossen, die öffentliche Schuld zu reduzieren, um die Zinsausgaben zu reduzieren, damit sozusagen dieses frei wird für die Pensionierung, für die Rentner. Und wie geht dies? Es geht eigentlich sehr gut. Bei einer Fortführung der jetzigen Finanzpolitik werden wir im Oktober 2011 schuldenfrei sein. Dann ist die Nettoschuld in Dänemark auf Null. Und das ist eine bewusste Politik, die wir beschlossen haben. Die andere Maßnahme, die ich heute nennen will, ist, dass wir das Pensionierungsalter mit dem Lebensalter verknüpft haben. Wenn das Lebensalter höher ist, ist auch das Pensionierungsalter höher - automatisch verknüpft oder indexiert, wie man es ausdrücken will. Und das bedeutet, dass für uns das wachsende Lebensalter nicht ein Problem in sich selbst ist, sodass wir immer eine gute Relation zwischen Rentenausgaben und Arbeitsmarkt bekommen können. Eines der Probleme in Europa, das wir heute haben, ist die Steuerfrage. Es ist so, dass viele Dänen, wenn sie Rentner werden, entscheiden, in Südeuropa zu leben. Und mit dem Steuersystem bedeutet dies, dass sie auch meistens in Südeuropa Steuern zahlen. Es kommt aber zu Situationen, in denen sie ein Krankenhaus, Medizin brauchen und dann kommen sie zurück. Und das ist eine beginnende wachsende Belastung für uns. Und deshalb müssen wir früher oder später über die Steuerfrage diskutieren, wie wir dieses Problem lösen können. Vielen Dank.

Laurent Mosar (Luxemburg): Danke Herr Vorsitzender. Ich möchte mich auch den Dankesworten der verschiedenen Kollegen hier anschließen, an die deutsche EU-Präsidentschaft, auch an die österreichischen Kollegen natürlich, die als erste die Initiative ergriffen haben, die Präsidenten der Finanzausschüsse zusammenzurufen. Ich möchte mich aber auch bedanken für die Auswahl des Themas, das Sie für heute gewählt haben und auch ganz besonders für die sehr gute Einführung durch die Herren Linssen und de Maizière. Erlauben Sie mir vielleicht zuerst eine Vorbemerkung und dann möchte ich mich eigentlich mit drei Punkten beschäftigen. Zuerst eine Vorbemerkung: Es wird im Moment von einem demografischen Wandel gesprochen. Mir scheint es, dass dieser demografische Wandel mindestens auch genauso wichtig ist, wie ein anderer Wandel, von dem viel im Moment gesprochen wird, nämlich dem Klimawandel. Ich habe allerdings das Gefühl, dass in den Köpfen der Leute eigentlich der demografische Wandel noch nicht eingeekehrt ist und wir vielleicht auch da, was die Meinungsbildung anbetrifft, noch sehr viele Anstrengungen unternehmen müssen, dass wir auch wie gesagt diesen demografischen Wandel in die Köpfe der EU-Bürger bekommen, weil es geht ja hauptsächlich hier auch um ein Problem auf dem Niveau der Europäischen Union. Jetzt wollte ich erstens auf das angesprochene Problem der Rentensysteme zu sprechen kommen. Sie haben, Herr de Maizière, gesprochen von einer Heraufsetzung des Rentenalters. Das ist natürlich eine Initiative. Mich würde aber auch ein anderes Thema interessieren, nämlich die Zurückführung der Leistungen. Ich weiß, dass das natürlich kein Thema ist, was Begeisterungstürme für Politiker bei der Bevölkerung mit sich bringen wird. Auf der anderen Seite bin ich aber überzeugt davon, dass wir auch mittelfristig nicht daran vorbeikommen, auch eine Zurückführung der Leistungen ins Auge zu fassen. Ich glaube auch, dass wir uns mit den Spezialrentensystemen beschäftigen müssen. Ganz besonders natürlich die von den öffentlichen, von den Rentensystemen der öffentlichen Verwaltung. Ich glaube, dass man auch da mittelfristig auf ein einziges Rentensystem kommen muss. Dann haben wir z. B. in Luxemburg im Moment ein Problem, was vielleicht ein typisch luxemburgisches Problem ist, was sich vielleicht aber auch mittelfristig in

anderen EU-Staaten ergeben kann. Das ist der Export von gewissen Finanzleistungen, speziell Rentensysteme. Wir haben sehr viele - Gott sei Dank - ausländische Mitbürger, die nach Luxemburg kommen, da arbeiten, die aber wieder zurück gehen in ihr Heimatland, nachdem sie die wohlverdiente Pension genommen haben. Dann werden, wie gesagt, diese ganzen Rentenleistungen exportiert, werden also im EU-Ausland ausgegeben, was natürlich dann auch eine Reihe von Problemen mit sich bringt. Und da wäre ich auch sehr interessiert, wie die beiden Redner dieses Problem sehen. Zweitens: Die Regulierung der Finanzmärkte wurde vorhin angesprochen. Ich bin auch der Meinung, dass man mittelfristig nicht daran vorbei kommt, dann wurde aber auch die Regulierung der Hedgefonds hauptsächlich angesprochen. Man muss jetzt wissen, dass natürlich der große Erfolg der Hedgefonds eine gewisse Nichtregulierung eben bedeuten muss. Man muss sich natürlich jetzt bewusst sein, wann man hier versucht zu regulieren, also man muss hier schon ein richtiges Gleichgewicht finden, dass man da aber nicht die Dynamik dieser Fonds in Gefahr bringt. Dann ist aber hauptsächlich mein Hauptproblem, wenn man von einer Regulierung der Finanzmärkte spricht, macht das nur Sinn, wenn man natürlich auch hauptsächlich mit den Vereinigten Staaten da eine Regulierung findet, weil allein auf dem europäischen Niveau bringt das nicht alles, speziell wissend, dass die großen Hedgefonds alle in Amerika ihren Sitz haben, sodass wir auf dem Niveau der Europäischen Union also auch nicht alles bewegen können. Dritter Punkt: Von Einwanderung, Zuwanderung wurde gesprochen. Ich schließe mich da auch den Ausführungen meines portugiesischen Kollegen an. Dies ist eine für mich auch sehr wichtige Thematik. Ich habe allerdings das Gefühl, dass in verschiedenen von den EU-Mitgliedsländern eher eine ablehnende Haltung gegenüber Zuwanderung besteht. Und etwas, was mich persönlich immer wieder stört - auch in meinem eigenen Land - wenn man z. B. eine Zuwanderung erlaubt, auch außerhalb der Europäischen Union, wird immer wieder darauf gepocht, dass das alleinstehende Leute sind, die dann einwandern. Wenn man aber jetzt von demografischem Wandel spricht, glaube ich, ist es auch wichtig, dass man auch eine Zuwanderung macht, die die ganzen Familien zuwandern lässt und nicht

nur auf Einzelpersonen begrenzt ist. Gut, Herr Vorsitzender, das waren die verschiedenen Anmerkungen, die ich zu der Thematik machen wollte. Vielen Dank.

Pierre Heriaud (Frankreich): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, herzlichen Dank. Wir hatten das Glück, heute Vormittag höchst interessante Vorträge zu bekommen, die uns durchaus beunruhigen könnten, aber Sorge ist eine schlechte Beraterin und führt zu nichts. Aber wir müssen nicht beunruhigt sein, sondern wach sein und bereit sein, in unseren jeweiligen Ländern zu reagieren. Die weltweite Demografie war ja Thema der Vorträge, wird bis 2050 um 50 Prozent zunehmen, während bei gleichbleibenden Bedingungen die Demografie in Europa um 50 Prozent sinken lassen könnten. Dort, wo Europa acht Prozent der Weltbevölkerung darstellt, könnten wir auf 4 Prozent der Weltbevölkerung schwinden, wenn sie insgesamt neun Milliarden betragen wird. Das ist die Ausgangssituation, in der wir zurzeit stehen. Wie wird das europäische BIP aussehen in der Welt zu diesem Zeitpunkt und welches wirtschaftliche und finanzielle Gewicht wird Europa in der Welt haben? Über diese Frage müssen wir uns auseinandersetzen vor dem Hintergrund der Situation in unseren jeweiligen Ländern. Was kann man nun tun, um das BIP heraufzuführen? Herr Linssen hat vorhin diese Frage angesprochen und auch die Antwort gegeben. Um das BIP heraufzusetzen, muss man Forschung, Innovation, Ausbildung und Investitionen in die Unternehmen vornehmen. Es gibt ja einen zirkulus vitiosus des Wachstums über Verbrauch, wenn dies lediglich über Verbrauch stattfindet und die zurzeit gegebenen Verhältnisse zwischen den einzelnen Ländern nicht berücksichtigt, wenn der einzige Friedensrichter die Handelsbilanz ist. Der zirkulus vitiosus des Wachstums beginnt mit der Schaffung von Bruttokapital durch die Unternehmen, durch die Schaffung neuer Produkte, Eroberung neuer Märkte und ein Mehrwert, der es ermöglicht, Löhne auszuschütten und damit Kaufkraft hervorzubringen, die ihrerseits den Wirtschaftszyklus beschleunigt. Das ist meiner Meinung nach der zirkulus vitiosus. Nun gibt es in meinem Land ein Paradox - und das ist beileibe nicht das einzige -, dass es ein Land ist, das die geringste Wochenarbeitszeit hat, die geringsten Arbeitswochen im Jahr und die geringsten

Arbeitsjahre in einem Arbeitsleben. Unter diesen Bedingungen ist es ein bisschen schwierig, dieses Land ausgerechnet zu benennen als Kandidaten für die Olympiade des Wirtschaftswachstums. Und genau das soll geschehen. Frankreich glaubt an die Zukunft, zumal ja die Reproduktionsquote in Frankreich günstiger dasteht als in anderen Ländern. Wir haben immerhin im Schnitt zwei Kinder pro Frau und wir haben seit ich weiß nicht wie vielen Jahren ein Bevölkerungswachstum. Das bedeutet aber auch eine Verpflichtung für die Zukunft, d. h. diese, unsere Politik muss so beschaffen sein, dass die Familien, die an die Zukunft ja glauben, günstig gestellt werden. Nun zu den Haushaltstechniken: Ich glaube, unsere Länder sind allzu sehr betroffen von der Jahresdauer der Haushalte. Dieser Rahmen ist zu eng und ermöglicht es nicht, die Probleme mit dem notwendigen Abstand zu sehen. Wir sind allzu sehr an kurzfristige Argumentationen gebunden und dennoch haben wir es mit Problemen zutun, die man erst dann zu entdecken scheint, wenn sie sich einstellen. Im Bereich Demografie konnten wir sie doch schon seit längster Zeit kennen. Wir haben keinen Grund, uns zu wundern über das, was hier geschieht. Die Demografie ermöglicht es, sehr viel weiter in die Zukunft zu blicken und genau das ist nicht genug getan worden. Ich habe die hervorragenden Beiträge unserer Kollegen über finanzielle und sonstige Probleme zur Kenntnis genommen. Ich bin im Laufe meines Berufslebens, bevor ich Abgeordneter wurde, Bankier gewesen. Erst seit kurzer Zeit bin ich Vorsitzender des Aufsichtsrates der Caisse des Dépôts et Consignations. Das ist eine wichtige Einrichtung in Frankreich. Ich würde sagen, neben den Privatbanken ist das die einzige öffentliche Bank, deren Aufgabe es ist, mit Staatsgarantien die Einlagen der Franzosen zu schützen. Gleichzeitig ist es unsere Aufgabe, die an der Börse notierten Unternehmen zu betreuen. Wir haben in Frankreich eine Sparquote von 15 Prozent des verfügbaren Einkommens, davon sieben Prozent finanzielle Ersparnisse. Das ist ein erhebliches Aufkommen in Frankreich und wird bei der Caisse des Dépôts et Consignations zusammengeführt, die im Gegenzug dafür die Sozialwohnungen finanziert. Das macht drei bis vier Prozent der Ersparnisse der Haushalte aus. Ich sage das deshalb, weil wir abgesehen von dem, was wir für die Altersversorgung tun müssen, Fonds haben,

aber der finanziell erforderliche Ertrag dieser Fonds - und das ist vorhin sehr zu Recht gesagt worden -, ist viel zu hoch, als dass es eine Kontinuität geben könnte. Wir müssen die Zeitfunktion und unsere sämtlichen Planungsprozesse einbauen und deshalb langfristiger argumentieren. Und jetzt ein letzter Punkt, wenn Sie gestatten. In der Wirtschaftspolitik und in der Finanzpolitik argumentiert man immer mit Produktivität und ähnlichen Vorstellungen. Wir müssen aber andere Verhältnisse berücksichtigen, die in unserer Rechnung nicht auftauchen. Im 17. Jahrhundert hatten die Physiokraten als Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden. Boden hat gegenüber den anderen Faktoren jetzt kaum mehr Bedeutung. Aber die Natur - der Faktor Natur - für den der Boden ja nur ein Mittel zur Nahrungsherstellung war, ist jetzt immer bedeutender geworden. Wir müssen jetzt anfangen, darüber nachzudenken und bei der Europäischen Kommission werden solche Überlegungen bereits angestellt. Die Caisse des Dépôts et Consignations ist bereits mit Carbon-Fonds beauftragt worden. Wir müssen also, sagte ich, in unsere Rechnungsstellung den Faktor Natur integrieren, damit wir nicht nur mit gesellschaftlicher oder mit wirtschaftlichem Ertrag argumentieren, sondern auch darüber nachdenken, inwieweit die Produktionsprozesse den Faktor Natur beeinträchtigen oder im Gegenteil aufwerten. Das sind einige Überlegungen, die wir angestellt haben. Und ich glaube, dass wir nach den Vorträgen, die wir hier gehört haben, besser in der Lage sind, das uns Bevorstehende einzuschätzen und Mittel und Wege zu finden, uns dem zu stellen. Vielen Dank.

Gratiela Denisa Iordache (Rumänien): Herzlichen Dank Herr Vorsitzender. Zunächst möchte ich mich dafür bedanken, dass ich Gelegenheit bekomme, mich zu einem so wichtigen Thema zu äußern. Ich danke auch Ihrem Ausschuss für seine Vorbereitungsarbeiten. Ich bin völlig mit dem einverstanden, was Herr de Maizière gesagt hat im Zusammenhang mit dem Bedarf einer wachsenden Transparenz und Effizienz der Finanzmärkte. Wir sprechen also von mehr Transparenz und besserem Verbraucherschutz. Dann sprechen Sie doch von nichts anderem als von Corporate

Governance. Ich glaube, das könnte ein Thema sein, über das wir uns ausführlich unterhalten könnten. Wir könnten mit Ihrer Kommission in diesem Bereich zusammenarbeiten, denn soweit ich weiß, gibt es auf der EU-Kommissionsebene bereits einen Plan für Corporate Governance. Ich glaube, Sie haben in diesem Bereich auch in Deutschland eine hervorragende Gesetzgebung. Dieses Thema ist sehr bedeutend. Allerdings ist es noch nicht in allen Ländern so selbstverständlich geworden. Nicht in allen Ländern liegt es den Menschen so am Herzen. Ich glaube, Transparenz und Anlegerschutz könnten eine hervorragende Lösung sein, die es ermöglicht, die Finanzmärkte effizienter zu gestalten, sodass auch der Ertrag von kapitalgedeckten Pensionsfonds gesichert und erhöht wird. Herzlichen Dank.

Dr. Thomas de Maizière (Deutschland): Lieber Herr Oswald, ich will das (eine Zusammenfassung) gerne tun. Auch weil ich Ihnen - lt. Programm - eine Pause wünsche und weil ich dann an meinen Schreibtisch zurück muss. Ich kann und möchte natürlich nicht alle Fragen und Bemerkungen und Anregungen kommentieren. Ich fand nur, dass das auch für deutsche Ohren sehr wertvolle Hinweise und Diskussionsbeiträge waren, die wir gerne aufnehmen und berücksichtigen. Deswegen nur ein paar ganz kurze Anmerkungen. Zunächst zur Frage Beschäftigung im Alter. Herr Stummvoll hat hierzu Argumente genannt. Das ist natürlich richtig. Zumal die Menschen älter werden, der Abstand zwischen dem Eintritt in das Rentenalter und dem Tod 30 Jahre sind, während es früher 10 Jahre waren. Und wir sehen, dass die - wir nennen sie die jungen Alten - höchst aktiv sind. Sie fangen an zu studieren - sie sind kaufkräftig übrigens -, sie reisen in der ganzen Welt herum. Sie übernehmen übrigens auch Erziehungsleistungen für ihre Kinder, die voll im Beruf sind und Kinder haben. Also, ganz viele junge Alte sind als Großeltern faktische Eltern und Betreuungersatz. Aber Sie möchten natürlich auch gern im Erwerb sein. Und ich glaube, das ist auch notwendig in neuen Berufen. Ich glaube, wir werden nicht unsere Alterungsprobleme und die damit verbundenen Pflegeprobleme lösen können, ohne dass die jungen Alten die alten Alten pflegen. Auch dann, wenn es keine

Familienstrukturen mehr gibt. Die Alternative ist nur, dass wir billige Arbeitskräfte aus irgendwo in der Welt holen, die das machen. Und in vielerlei Hinsicht glaube ich, dass auch - jetzt sage ich mal etwas, was vielleicht ungewöhnlich ist, was Sie von mir nicht erwarten - aber ich glaube, dass die jungen Alten auch eine Ersatzfunktion haben für verlorene Familienstrukturen. Wenn niemand mehr Märchen erzählt, weil die Großmutter weit weg ist, dann können die jungen Alten in Kindereinrichtungen Märchen vorlesen, auch wenn es nicht die eigenen Großeltern sind; Geschichten erzählen von der Vergangenheit und bestimmte Formen des Umgangs mit Kindern, die nur das Privileg der Großeltern sind und nicht der Eltern. Und so ein Stück Menschlichkeit in der arbeitsteiligen Welt zurückgeben. Ich glaube, das ist eine ganz zentrale Aufgabe der Jungen, auch in anderen Formen miteinander zu wohnen, mit mehreren Generationen wieder zusammen zu wohnen. Nicht Alten-WG's zu machen, sondern Alte und Junge wieder zusammenzubringen. Da scheinen mir große Chancen zu liegen, die allerdings auch große Umstellung für alle Beteiligten bedeuten. Die zweite Bemerkung: Es ist viel über Finanzmärkte und deren Regulierung und Transparenz gesprochen worden. Ich verstehe, dass man aus Luxemburg natürlich nicht die damit verbundenen Chancen zerstören will. Ich verstehe ja, dass man das in Luxemburg und London besonders so sieht. Das ist klar. Und man kann sich da auch überregulieren, das ist wahr. Ich möchte auf einen Punkt in dem Zusammenhang aber hinweisen, der noch nicht erwähnt worden ist, aber der mir wichtig zu sein scheint. Die Regulierung, die Transparenz, der Schutz des Wettbewerbs, den der italienische Kollege erwähnt hat, kann nicht dazu führen, dass die Risikoverteilung umgekehrt wird. Es kann nicht sein, dass im Aufbau der privaten Altersvorsorge die privaten Institute damit verdienen und wenn es schief geht, der Staat alle Risiken übernimmt. Das kann nicht sein. Niemand kann das bezahlen. Deswegen wird es auch sehr darauf ankommen, was wir z. B. auch im deutschen Bankensystem haben, dass wir darauf achten - und das ist auch eine staatliche Aufgabe -, dass es Sicherungssysteme der verschiedenen Altersversorgungssysteme untereinander gibt. Denn natürlich müssen wir darauf achten, dass durch bestimmte Finanztransaktionen nicht die Spareinlagen der

Generation, die sich auf ihr Alter freut, verschwinden. Aber die Aufteilung - wie gesagt - wenn es gut geht, die Gewinne bei den Finanzinstitutionen zu sehen und wenn es schlecht geht, der Staat die alten Menschen doch wieder entschädigt, das kann ich mir nicht vorstellen. Die dritte Bemerkung, die ich gerne machen möchte: Zurückführen von Leistungen. Ja, das wird man wohl tun. Und wir haben natürlich in Deutschland eine Debatte mit der Frage, was heißt denn eigentlich Verlängerung der Lebensarbeitszeit? Sie heißt auch Rückführung von Leistungen. Denn wenn jemand es nicht schafft, bis 67 zu arbeiten, z. B. weil er keinen Arbeitsplatz findet oder früher entlassen wird, dann bedeutet es Abschläge, d. h. die volle Wahrheit ist natürlich auch, zu sagen, nur wer mit 67 in Rente geht, bekommt die volle Rentenleistung. Wer früher geht, bekommt leider Abschläge. Auch wir haben in unserem System vorgesehen - das wird 2010 eingeführt -, wie es, glaube ich, dies auch in Dänemark oder in Portugal gibt, eine Art Nachhaltigkeit, einen Nachhaltigkeitsfaktor. In der Rente ist dies mal Demografiefaktor, mal Nachhaltigkeitsfaktor, die Begrifflichkeiten sind egal. Aber es muss eine feste Relation zwischen dem geben, was die Erwerbsfähigen erwirtschaften und dem, was die Rentner bekommen - hier korrigiert ein solcher Nachhaltigkeitsfaktor. Und das kann dann eben auch ein Zurückführen von Leistungen heißen. Dass vieles nur mit den USA geht bei der Regulierung - oder sagen wir mal bei der Regulierung von Finanzsystemen, ist wahr und das ist eben auch ein Kernbestandteil dessen, was heute hoffentlich in Washington verabredet wird. Eine letzte Bemerkung vor der Pause - und sie ist nicht ganz ernst gemeint - nach Frankreich: Frankreich hat in der Tat ja eine Geburtenrate von etwa 2,0 Kindern pro Frau. Auch das ist noch ein bisschen zu wenig. Wir bräuchten, glaube ich, 2,1 bis 2,2. Aber Frankreich ist immer noch für uns alle - ob im Film oder im Roman oder in der Phantasie - das Land der Liebe. Und vielleicht gibt es ja einen Zusammenhang - und diese Bemerkung ist nicht ganz ernst gemeint -, dass in einem Land, wo weniger gearbeitet wird, mehr Zeit dazu ist, Kinder zu kriegen. Vielen Dank.

Dr. Helmut Linssen (Deutschland): Vielen Dank Herr Kollege Oswald. Ich wollte nur auf drei Punkte vielleicht noch aufmerksam machen. Wir haben vielfach betont, wie wichtig die Konsolidierung der Staatsfinanzen ist, um dieses demografische Problem in den Griff zu bekommen. Damit hängt für mich unmittelbar zusammen, dass wir bei dieser Konsolidierungspolitik natürlich kaum gleichzeitig die öffentlichen Investitionen auch noch groß expandieren lassen können. Was dann wieder bedingt, dass wir natürlich auch Abschied nehmen müssen von dem, was uns die ganze Keynsche Philosophie ins Haus gebracht hat. Das heißt, wir sind hier in Deutschland ja dabei, nachzudenken über die Dinge, die in den 60er Jahren in unsere Verfassung gekommen sind, nämlich man erklärt die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und kann dann Schulden über die Maßen hinaus machen oder über die Vorschriften, die die Verfassung uns gibt. Ich glaube, dass bei Keynes der Gedanke ja ist, öffentlich Gas zu geben in schwierigen Zeiten und sich zurückzunehmen in den Zeiten, wo es besonders gut geht. Der erste Teil funktioniert hervorragend, der zweite aber nicht. Das ist die erste Bemerkung. Die zweite: Ich glaube, dass wir Herrn Mosar aus Luxemburg wenig Anregungen geben können. Sie hatten ja danach gefragt, wie das ist, wenn Sie die Pensionen exportieren und dafür eben Nachfrage bei Ihnen ausfällt. Ich habe dafür kein Patentrezept. Wenn jemand das hier hätte, müsste er sich sofort melden. Ein Wort auch an Herrn Heriaud. Sie haben in einer kurzen Bemerkung das Problem aufgezeigt, dass die Jahresdauer der Haushalte eigentlich zu kurz sei, gerade im Hinblick auf dieses Problem, über das wir heute sprechen. Ich teile das voll und ganz. Ich glaube, dass die Kameralistik, derer wir uns bedienen in den öffentlichen Haushalten, eben nicht das Modell der Zukunft ist, um gerade den Werteverzehr, Ressourcenverzehr und auch Pensionen und Pensionslasten und andere Dinge richtig abzubilden. Und deshalb glaube ich, ist es richtig, das machen viele Länder bei uns, dass sie sich ausrichten auf die kaufmännische Buchführung, was allerdings zu gewissen Problemen auch noch mit dem Bund bei uns in Deutschland führt, weil der noch so ganz davon überzeugt ist, aber wir arbeiten daran. Herzlichen Dank.

Stefan Attefall (Schweden): Herzlichen Dank Herr Vorsitzender und herzlichen Dank Dr. Hendricks für Ihre interessante Rede. Sowohl Sie, als auch Herr de Maizière haben darüber gesprochen, wie wichtig es ist, sich in der öffentlichen Debatte richtig zu positionieren, also nicht das Bild zu vermitteln, dass ältere Menschen für eine Gesellschaft ein Problem darstellen. Das ist nicht das, was wir geben möchten. Es gibt Möglichkeiten, Probleme zu lösen, und ich denke, es ist sehr wichtig, dass wir das nicht vergessen. Natürlich müssen wir das politische System und auch die Gesellschaft ausrichten entsprechend der demographischen Entwicklung, und ich würde gerne ein paar Beispiele aus Schweden hier vortragen: Vor zehn Jahren haben wir unser Rentensystem umgestaltet. Wir haben jetzt ein System, welches eine ganz enge Verbindung herstellt zwischen der Wirtschaft des Landes und den Renten, die gezahlt werden, und jeder, jede ist eng verbunden mit dem, was er oder sie durch die Arbeit erzielt, und dem, was dann als Rente dabei herauskommt. Das ist ganz wichtig, dass langfristig eine solche Verbindung hergestellt wird. Wir haben auch Vereinbarungen getroffen - und 85 Prozent der Abgeordneten im Parlament sind auch mit diesem Prozedere und diesen Regelungen einverstanden -, dass diese enge Bindung zwischen Wirtschaft, Einnahmen und Renten besteht. Wir haben in Schweden aktuell einen Überschuss von 2 bis 3 Prozent des BIP in den öffentlichen Finanzen. Das ist auch die Prognose für die folgenden Jahre bis zum Jahr 2010. Die Staatsverschuldung ist zurückgegangen. Wir liegen jetzt bei ungefähr 27 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, und auch das wird bis 2010 die Situation sein. Das ist wichtig, dass man das sieht, denn die Menschen werden älter, brauchen stärkere Gesundheitsversorgung. Und wir brauchen die Mittel, um auch älteren Menschen unterstützend zur Seite stehen zu können. Wir haben jetzt auch ein unabhängiges Beratungsgremium eingesetzt in Schweden. Dieses befasst sich mit unserer Wirtschaftspolitik und den Wirtschaftszielen, die von der Regierung verfolgt werden. Auch das spielt eine wichtige Rolle, denn wir versuchen ja, die Strukturen für eine langfristige Wirtschaftspolitik zu gestalten. Wichtig ist auch, dass Schweden mehr Anreize bietet, sodass ältere Menschen, wenn sie wollen, auch länger berufstätig sein können und hier

einen Beitrag leisten können. Ich denke, wir sollten diese guten Zeiten, diese wirtschaftlich guten Zeiten in Europa, die wir hier aktuell haben, nutzen, um Reformen durchzuführen, sodass langfristig sich die wirtschaftliche Lage stabilisiert und wir auch in der Lage sind, diesem demographischen Wandel begegnen zu können. Danke schön.

Antonio Gutiérrez Vegara (Spanien): Herzlichen Dank und guten Tag. Wir befassen uns mit den Herausforderungen, die der demographische Wandel darstellt, und wir haben heute Vormittag noch einmal viel darüber gehört und wissen, es gibt keine einfachen Antworten. Es gibt keine simplen Lösungen, denn die Situation ist komplex, die Prognosen sind komplex. Wir dürfen aber andererseits auch nicht hingehen und uns von der Katastrophe herunterziehen lassen und nur eine negative Haltung einnehmen oder nur das Negative sehen. Ich denke, dass die demographische Entwicklung nicht unabhängig zu sehen ist von dem, was sich in den letzten Jahrzehnten in der Welt der Arbeit und Wirtschaft in den Ländern entwickelt hat. In Spanien, und das ist ja bereits angedeutet worden, haben wir ein Land, das ein sehr hohes Risiko erlebt mit Blick auf die Geburtenrate. Diese ist ein bisschen gestiegen in den letzten Jahren. Wir haben in den 90er Jahren, Mitte der 90er Jahre, trotz einer schwierigen Situation versucht, Reformen durchzuführen. Mit diesen wurde versucht, das zu antizipieren, was sich in Zukunft entwickeln wird, um eine Stabilität zu erreichen. Die Reformen waren aber drastisch, wie z. B. ein anderes Rentensystem, mit Blick auf die Kapitaldeckung, haben wir einiges geändert. Auch das Sozialsystem haben wir umstrukturieren müssen. Wir haben eine Studie durchgeführt. Das wurde beauftragt von dem damaligen Arbeitsministerium. Und das war auch die Grundlage für die Reformen. Es sind detaillierte Untersuchungen vorgenommen worden, um die Daten zu erheben. Und wir haben gesehen, dass die Szenarien, die wir für die Zukunft im Auge haben müssen, sicherlich nicht optimistisch stimmen. 2030 werden wir ein Wachstum von zweieinhalb Prozent erzielen, was die Geburtenrate angeht, und die Geburtenrate wird dann damit noch unter der liegen, die wir jetzt haben. Das heißt, wir müssen sehen, dass wir 2030 Rentenausgaben haben, die

12 Prozent über dem liegen, was wir heute haben. Das waren die Ergebnisse dieser Studie, die ich gerade genannt habe und die der Politik, die wir seit Mitte der 90er Jahre angefangen haben zu betreiben, zugrunde liegt. Die Regierungen haben im Laufe der Zeit versucht, tatsächlich die Probleme entsprechend aufzugreifen, um tatsächlich Lösungen zu finden. Wichtig war uns dabei immer, dass wir eine Ideologisierung dieser Ergebnisse der Studie vermeiden und auch keine Panik schüren in der Öffentlichkeit. Konzertierung war damit sozusagen automatisch auf der Tagesordnung, auch was die Reformen angeht. Viele Reformen hatten natürlich drastische Auswirkungen. Wir wollten aber keine massive Verschlechterung der sozialen Situation damit erzielen, haben versucht, einen rationalen Ansatz zu wählen, um die bestehenden Systeme besser funktionieren zu lassen oder zu verbessern, immer mit Blick auf das, was mittel- und langfristig sich entwickeln wird. Nachhaltigkeit ist dabei das Schlagwort gewesen. Wir haben z. B. im Rahmen der sozialen Reform Kredite zur Verfügung gestellt oder andere Hilfsmöglichkeiten entwickelt, die eine finanzielle Erleichterung für Bestimmte in schwierigen Lagen darstellen. Wir haben versucht, auch einen Ausgleich zu finden zwischen den autonomen Provinzen, den Stadtverwaltungen, haben versucht, auch tatsächlich dazu beizutragen, dass es die Möglichkeit gibt, Zugriff zu bekommen auf staatliche Leistungen oder Renten und dass das, was an Renten gezahlt wird, auch den Einnahmen von früher ungefähr entspricht. Wir sind natürlich in einer schwierigen Lage, weil zum einen über viele Jahre Beiträge gezahlt werden von Beschäftigten, die das natürlich dann nachher auch als Rente haben wollen, wir aber wissen, dass die soziale Sicherheit tatsächlich eine zusätzliche Belastung für die öffentliche Hand darstellt. Wir müssen schauen, ob wir sozusagen Reserven schaffen können für Eventualfälle, 4 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts soll das sein, denken wir, damit es tatsächlich eine gute Grundlage ist und damit es auch möglich ist, zu kapitalisieren bzw. zu investieren in einem sozial verantwortlichen Sinn seitens der Regierung. Wichtig ist ja auch, dass wir in letzter Zeit auch sehr viel Immigration haben. Viele Einwanderer kommen nach Spanien. Und anfangs ist der Prozess, der bei uns stattfindet, so gar nicht begriffen worden. Wir waren uns nicht der Tatsache bewusst, dass

wir in einer Situation sind wie viele andere Länder. Mittlerweile wird es verstanden, und wir wissen, wir müssen auch hier verantwortlich damit umgehen. Und wir müssen natürlich auch die Migration sehen im Zusammenhang mit der Bevölkerungsentwicklung. Es ist richtig, dass wir natürlich nicht darauf vertrauen können, dass die Migration alleine uns hilft, die demographischen Probleme zu überwinden. Aber es ist gleichzeitig eine Möglichkeit noch einmal darauf hinzuweisen, dass viele Ängste bestehen, die aber gar nicht bestehen müssen, mit Blick auf die Einwanderung, weil diese durchaus auch positive Auswirkungen hat. Diese zusätzlichen Kosten, die anfallen und die gedeckt werden müssen durch weitere Beiträge, die geleistet werden von der Bevölkerung sind hier ein wichtiger Faktor, weil, 70 Prozent sind die Einnahmen durch die Beiträge der Immigranten, die im Land berufstätig sind, gestiegen, d. h., es ist ein drastischer Beitrag, der von ihrer Seite auch kommt. Und dieses Geld wird ja gebraucht für Kosten. Wir können nicht alles über Steuern alleine aufbringen. Wir müssen sehen, also wie gehen wir damit um, dass wir die Zukunft bewältigen können. Wir haben auch z. B. unter der Überschrift Immigration zu sehen, dass viele Rentner aus anderen Ländern nach Spanien kommen und sich dort niederlassen, aber dort gar nicht berufstätig waren oder ihre Beiträge geleistet haben. Es ist so, dass eine Zahl von Rentnern ab 2050 gezahlt werden wird im Land, die von vielen anderen Ländern mitgespeist werden wird, also aus Beitrittskandidaten und auch aus anderen Ländern, auch aus Lateinamerika kommen die Menschen nach Spanien. Wir haben ja auch eine Situation, in der viele z. B. aus Spanien nach Deutschland gegangen sind, dort eine zeitlang gearbeitet haben und dann zurückkehren nach Spanien. All diese tragen natürlich zum Reichtum des Landes auch mit bei. Und auch das ist ein Aspekt, der in der Zukunft eine Rolle spielen wird. Und ich sage noch einmal: Wir müssen die kulturellen und sozialen und wirtschaftlichen Aspekte in Kombination sehen. Es gibt einige, die gerne übersehen werden. Das dürfen wir aber nicht machen. Wir brauchen in einer Zeit, in der wir mit diesen Herausforderungen konfrontiert sind, Zusammenarbeit. Wir haben natürlich unterschiedliche Länder, wir haben unterschiedliche Erfahrungen, unterschiedliche Geschichten, unterschiedliche Ideen. Aber der Markt verbindet uns. Wir

müssen also auch zur Kenntnis nehmen, dass - unabhängig davon, wie in unseren Ländern die Politik strukturiert ist - wir notwendigerweise zusammenkommen müssen. Es gibt eine ganze Menge von Überlegungen und Lösungen und Wurzeln in unterschiedlichen Ländern. Und wir müssen versuchen, ein Gleichgewicht zu schaffen in Europa. Wir müssen übrigens auch ein Gleichgewicht schaffen auf europäischer Ebene zwischen Wirtschaft und Politik oder zwischen Markt und Politik. Da - denke ich - gilt es, noch einiges zu tun. Die Nachhaltigkeit unserer Systeme, der sozialen Systeme, der wettbewerbsgeprägten Systeme, der Wirtschaftssysteme macht es erforderlich, dass wir versuchen, auf europäischer Ebene ein Gleichgewicht zu erzielen. Wir müssen uns das auf die Tagesordnung setzen, ebenso wie die Nachhaltigkeit unserer Systeme auf die Tagesordnung gesetzt werden muss. Wir brauchen Beschäftigung. Wir brauchen Bildung und Ausbildung für diejenigen, die auf den Arbeitsmarkt kommen und kommen werden. Viele sind ja heute auf prekäre Arbeitsmärkte zurückgeworfen und auf der anderen Seite haben wir die zukünftigen Rentner, die durch Menschen ersetzt werden in ihrem Beruf, die heute aber weniger letztendlich an Beiträgen leisten werden. Das ist ebenfalls ein Teil des Problems. Wir müssen uns also auch der Tatsache bewusst sein, dass wir ein bestimmtes Niveau an Bildung, an Ausbildung bei den Beschäftigten in den Industrienationen in den entwickelten Ländern haben. Auf der anderen Seite gibt es sehr viele, die eben nur noch im prekären Bereich Arbeit finden. Wir haben gleichzeitig eine ganze Reihe von Reformen in vielen Ländern, die auch unvermeidlich sind. Wir müssen sehen, dass wir auch mit Blick auf die Reformen einen eher supranationalen Ansatz im Auge haben. Langfristig, denke ich, führt daran kein Weg vorbei. Langfristig wird das sonst sehr negativ für Europa sein. Danke schön.

Frans de Nerée Tot Babberich (Niederlande): Danke schön. Auch ich möchte der Deutschen Präsidentschaft dafür danken, dass wir hier sein dürfen. Es ist sehr gut und sehr nützlich. Ich fand es auch sehr richtig, dass Frau Dr. Hendricks gesagt hat, wir sollten

das Problem der Alterung, des Aging, nicht dramatisieren. In den Niederlanden haben wir das Problem, dass die Menschen über 65 beginnen, sich zu beklagen. Sie sagen, die Leute sagen, wir sind Schuld an den Problemen, die wir haben, an allen Problemen, und das ist ja nicht so. Das heißt, wir haben es hier nicht mit einem Problem zu tun, sondern es ist eher eine Herausforderung, die wir annehmen müssen. Wir haben fünf Wirtschaftswissenschaftler rangesetzt an eine Studie. Sie haben gesagt, im Grunde ist das Altern kein Problem. Es ist eine gute Sache. Es sind sehr viele Probleme lösbar über diese Entwicklung. Wir dürfen ja auch nicht vergessen, dass es natürlich eine staatliche Pflicht ist, dieses Thema adäquat und verantwortlich aufzugreifen. Mit anderen Worten: Wir dürfen das Problem nicht dramatisieren oder überdramatisieren, sonst schaffen wir für uns selbst politische Probleme. Wir haben in den Niederlanden ein gut ausgestattetes Rentensystem. Wir haben fast 1 Billion Euro an Vermögen in unseren Rentenfonds. D. h., das Problem ist bei uns nicht so virulent wie in anderen Ländern, aber das schafft natürlich Spannungen zwischen den Ländern, die Rentensysteme geschaffen haben, und den Ländern, die aus dem nationalen Budget die Renten bezahlen müssen. Wir haben das gleiche Problem, was die Produktivität angeht, auch was die Partizipation auf dem Arbeitsmarkt angeht. Was ich hier gehört habe, und das hat ja Frau Dr. Hendricks noch einmal gesagt, ist, dass die Renten in einigen Jahren besteuert werden sollen. Heißt das, es gibt dann auch keine Möglichkeit, die Beiträge zur Rentenversicherung, bevor man dann in Rente geht, von der Steuer befreien zu lassen? Die Frage, die ich dazu hätte, ist: Ist das akzeptabel für die Leute hier? Also in den Niederlanden hat die Arbeitspartei neun Mandate im Parlament verloren, als diese Idee in den Raum gestellt wurde. Dann Frauen auf dem Arbeitsmarkt: Auch das habe ich ja bereits genannt. Wir haben das Problem der Kinderbetreuung der entsprechenden Systeme. Wir versuchen, hier Lösungen zu finden, haben bisher aber die richtigen Lösungen noch nicht gefunden, und es würde mich sehr interessieren, zu hören, welche Erfahrungen die Bundesrepublik Deutschland damit gemacht hat. Davon können wir vielleicht lernen. Wir haben ein Budget für vier Jahre. Unser Überschuss beträgt 1,9 Prozent, strukturell mit Blick auf das Jahr 2011, das ist also

unsere Zielvorgabe. Ich denke, wir können das auch erreichen. Ein Problem stellt die Gesundheitsversorgung für uns im Moment dar. Das Gesundheitssystem müsste effizienter strukturiert werden. Wir hoffen, dass uns das auch in ein paar Jahren gelingen wird. Danke schön.

Petar Dimitrov (Bulgarien): Sehr geehrter Herr Oswald, sehr geehrte Frau Hendricks, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Gestatten Sie mir, auch den Organisatoren zu danken für die perfekte Organisation dieses Forums. Ich möchte Ihnen ganz speziell danken für den Ort, wo das stattfindet. Das ist symbolisch. Ich verstehe, die Mauer stand hinter uns direkt. Es ist schön, dass wir an einem runden Tisch sitzen, und ich bin nicht jenseits der Mauer und Sie sind nicht in diesem Saal ohne mich. Das Symbol ist sehr schön, sehr schön gewählt. Ich danke Ihnen. Ich danke auch Österreich und Deutschland, die dieses Finanzparlament organisiert haben. Es ist sehr wichtig, dass wir voneinander hören. Sie wissen alle, dass die Exekutive sich regelmäßig trifft. Leider ist die Exekutive stärker als die Legislative. Aus diesem Gesichtspunkt ist es sehr wichtig, dass wir, die Parlamentarier, uns sehen werden und unsere gesetzgeberische Politik zusammen gestalten werden. Ich möchte damit anfangen. Ich vertrete ein junges EU-Mitglied, und ich teile den Pessimismus nicht, was den demographischen Wandel betrifft. Ich bin eher einverstanden mit Frau Hendricks, dass es keinen Dramatismus gibt und dass wir nicht dramatisieren sollen, dass das Alter für Europa ein Vorteil und kein Nachteil ist. Sie verstehen ja, die jungen Nationen geben viel aus für Kinderbetreuung, für Bildung. Ein älteres Europa kann vielleicht ein paar dieser Ausgaben sparen. Es ist wichtig, dass die Leute länger arbeiten und dass sich das auf die Wirtschaft auswirkt. In diesem Zusammenhang möchte ich an den großen berühmten Spruch von Papst Johannes Paul II erinnern. Man hat ihn gefragt, ob er nicht zurücktreten wolle, weil er nicht mehr laufen konnte. Er hat geantwortet: Ich regiere doch die Kirche nicht mit den Beinen und Füßen, sondern mit dem Kopf. Und ich glaube, es ist sehr wichtig, dass Europa mit dem Kopf regiert wird, nicht nur, was in Europa geschieht, sondern in einem großen Teil der Welt.

Ich habe auch Einwendungen gegen den direkten Zusammenhang zwischen der finanziellen Stabilität und dem demographischen Wandel, denn wir hier hören, wenn es finanzielle Stabilität gibt, dann wird es auch demographisches Glück geben. Ich bin nicht einverstanden. Ein Beispiel dafür ist mein Land. Wir haben gehört, Dänemark will seine Staatsverschuldung auf Null bringen. Unsere Verschuldung ist 16 Prozent des BIP. Wir haben unsere Darlehen vom Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Bank getilgt. Wir haben eine Fiskalreserve von 18 Prozent des BIP. Die direkten Inlandsinvestitionen machen 16 Prozent des BIP aus. Das Wirtschaftswachstum ist mehr als 6 Prozent. Ich verstehe, Haushaltsüberschuss ist in vielen Ländern ein Problem. Bei uns ist der Haushaltsüberschuss 3,6 Prozent vom BIP. Wir haben finanzielle Stabilität. Aber das bedeutet nicht, dass wir demografisch gesehen sehr gut stehen. Ich werde nur zwei Worte darüber sagen: Die Bevölkerungszahl nimmt ab. Vor 1989 waren wir 9 Millionen, jetzt sind wir 7,5 Millionen, und es wird erwartet, dass wir Mitte des Jahrhunderts ca. 5 Millionen sein werden. Die Auswanderung beträgt 1,5 Millionen Bulgaren, die ausgewandert sind, und ich glaube, es ist höchste Zeit, und ich bin dem Kollegen aus Spanien sehr dankbar, ich möchte sagen, Migration ist nützlich denen, die Emigranten annehmen und nicht für Länder, aus denen die Menschen auswandern. Denn wo Menschen auswandern, da bleiben meistens die Greise und die ganz kleinen Kinder. In Bulgarien ist das Verhältnis Rentner zu Arbeitenden eins zu eins. In Deutschland ist es wunderbar mit eins zu vier. In Bulgarien ist dies eine Folge der Auswanderer, junge Leute im arbeitsfähigen Alter sind ausgewandert. Ja, ich bin mit Ihnen einverstanden. Ja, Sie überweisen nach Bulgarien jährlich ca. 2 Milliarden Euro. Das ist ein gutes Geld für die nationale Wirtschaft. Aber ich glaube, es wäre sehr interessant der Zusammenhang zwischen Lebensstandard und Geburtenraten. Es gibt keine direkte lineare Abhängigkeit. Je höher der Standard, desto niedriger die Geburtenrate. Ich glaube, das ist nicht so linear. Das ist sinusartig. Und es stimmt auch nicht, dass die Geburtenrate hoch ist, wenn der Standard hoch ist. Bei uns gibt es auch arme Roma-Familien, Familien mit 10, 12 Kindern. Aber das ist hoffnungslos. Diese Kinder besuchen nicht die Schule. Sie

werden nicht zu Arbeitskräften. Sie sind gleich arbeitslos, und sie sind eine Last für das soziale System. Und ich gebe zu, ich kenne die Lösung dafür nicht. Wir hatten eine Maßnahme, diese Maßnahme hieß: arbeitende Soldaten, arbeitende Armee. Die Roma-Kinder haben statt des Wehrdienstes einen Arbeitsdienst geleistet. Aber es hieß bei uns, das sei nicht demokratisch. Aber diese Kinder wurden sozialisiert durch diesen Arbeitsdienst. Das wurde abgeschafft, und die Lage verschlechtert sich eigentlich. Es gibt einen Höhepunkt. Der Standard der Familie erhöht sich. Roma-Familien haben zwei oder drei Kinder, und da sollen wir fördern, und wir fördern jetzt das Modell von zwei oder drei Kindern in der Familie. Die kriegen das meiste Erziehungsgeld. Das meiste Erziehungsgeld oder Kindergeld kriegen Familien mit zwei oder drei Kindern. Die Roma-Kinder, bei den Roma-Kindern versuchen wir, das Förderungsmodell zu ändern. Wir investieren in die Kinder. Die Kinder bekommen Kleidung, Essen, Bildung umsonst. Wenn wir das Geld den Kindern geben, lassen sie die Kinder nicht zur Schule gehen, sondern behalten das Geld, sodass das Wichtigste ist, was wir bei den Roma-Kindern machen: Wir investieren in die Kinder. Zwei Worte zu der Bevölkerungsalterung. Und damit möchte ich schließen. Momentan sind die älteren Leute über 65 Jahre, 17 Prozent der Bevölkerung in Bulgarien. Bis 2050 wird erwartet, dass dieser Anteil auf 50 Prozent wachsen wird. Das Durchschnittsalter in Bulgarien beträgt 42 Jahre. Somit ist Bulgarien das älteste Land. Die Türkei, in der Türkei ist das Durchschnittsalter 27 Jahre und in Bulgarien 42. Zur gleichen Zeit kommt ein Rentner den Staatshaushalt sehr teuer. Aber gleichzeitig gibt es eine Disproportion, die Männer sind arbeitsfähig bis 61 und gehen mit 63 in Rente, und die Frauen sind bis 65 arbeitsfähig, müssen aber mit 63 in Rente gehen. Es wird die Frage erörtert, dass die Männer nicht mehr für die Kindererziehung tun, dass nicht die Haupterziehungsfunktion der Mutter zufällt, sondern auch dem Vater, dass sie sich aktiver daran beteiligen und mit einbezogen werden. Ich begrüße den Vorschlag von Herrn Linssen, dass das arbeitsfähige Alter verlängert wird, dass die jungen Alten auch Sozialhilfe leisten durch neue Berufe. Sie können auch Kinder adoptieren, auch Erziehungsgeld bekommen, die Großeltern, statt die Eltern. Es gibt große Reserven, die

wir ausnutzen sollen. Die Hauptmechanismen sind natürlich das Life Long Learning, warum aber auch nicht Umbildung, besonders nach dem Rentenalter. Und ich habe eine Bitte an die zukünftigen Organisatoren: Ich bitte sehr, im Zeitalter von Internet wäre es schön, dass Sie uns die Materialien vorher schicken, damit wir konzentrierter arbeiten können, damit wir uns vorbereiten können und damit wir eine Lösung für die Probleme suchen können. Es wäre produktiver, wenn wir die Materialien im Vorhinein haben. Ich möchte mich noch einmal bedanken bei den Organisatoren für dieses Finanzparlament.

Mário Patinha Antão (Portugal): Danke schön, Herr Vorsitzender. Ganz kurz drei Punkte: Erstens möchte ich mein volles Einverständnis ausdrücken mit den Ausführungen, mit dem, was über das Prinzip der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen gesagt wurde. Sie haben gesagt, dass die Tatsache, dass wir zurzeit zusätzliche Einnahmen haben Dank der besseren wirtschaftlichen Situation, sollte uns nicht dazu bringen, dass wir diesen Überschuss in zusätzliche Kosten-Ausgaben setzen. Ich bin völlig Ihrer Meinung, denn das ist sicherlich notwendig, um die gegenwärtige finanzielle Situation zu konsolidieren. Auch bin ich einverstanden mit dem Ziel, das Verhältnis der Staatsverschuldung zum BIP genauer ins Auge zu fassen. Wir wissen, dass im Zusammenhang mit dem Rentensystem zusätzlicher Druck auf die öffentlichen Finanzen ausgeübt wird. Wir haben letztes Jahr zum ersten Mal in den letzten fünf Jahren einen leichten Überhang bei den Konten der Sozialversicherung festgestellt. Unsere Reserve, unsere Rückstellung wird kapitalisiert, um dafür zu sorgen, dass wir eine Reserve von zwei Jahren Vollrentenzahlungen haben. Die Situation hat sich also verbessert, bedarf aber einer weiteren Konsolidierung. Darüber hinaus müssen wir die Aussichten für die kommenden Jahre sorgfältig analysieren. Eine weitere Bemerkung zum Thema Gesundheit: Das ging ja auch aus den letzten Wortmeldungen hervor. In den nächsten 10 oder 20 Jahren werden die Ausgaben für das Gesundheitswesen schneller wachsen als das BIP, und das aus gutem Grund, denn das

Gesundheitswesen hat eine Besonderheit. Innovation nimmt nicht die Form der marginalen oder durchschnittlichen Produktionskosten an, sondern vielmehr nimmt sie die Form eines Zuwachses dieser Kosten an. Nun haben wir soziale Werte, die es ermöglichen werden, dass ältere Menschen sehr viel komplexere medizinische Versorgung in Anspruch nehmen, wobei sich allerdings die Frage stellt: wer wird das zahlen, die öffentlichen Finanzen oder vielmehr private Ersparnisse? Für Zweiteres wäre ich nicht. Denn der soziale Wert, den wir haben, der will, dass ältere Menschen soziale Unterstützung haben vor allen Dingen dann, wenn sie langfristig Pflege oder aufwendige medizinische Betreuung brauchen. Das sollte Aufgabe der Gesellschaft sein. Deshalb geht es darum, das Finanzmanagement zu verbessern. Vielleicht sollte die Kommission in der gleichen Weise, wie sie das mit der Altersversicherung gemacht hat, auch untersuchen, wie sich in weiterer Zukunft die Situation im europäischen Gesundheitswesen darstellt. Soweit ich weiß, ist nämlich eine solche Art Untersuchung noch nicht angestellt worden, zumindest nicht in dem Ausmaße, in dem das notwendig wäre, damit wir wirklich eine genauere Vorstellung von dem machen können, was auf uns zukommt. Und jetzt ein weiteres Problem: Mobilität. Die Mobilität der Studenten wächst an, die Mobilität der Arbeiter, Arbeitnehmer, aber auch die der Rentner. Es ist ja dies eines der ausdrücklichen Ziele der EU. Ich denke, es wäre angebracht, sich in diesem Zusammenhang auch einige dringende Fragen zu stellen. Welches sind also die Auswirkungen der Mobilität der Arbeitsplätze, aber auch der Arbeitnehmer und der Rentner? Ich glaube, wir sollten die Portabilität, die Übertragbarkeit, also der Ansprüche an das Gesundheitswesen fördern, damit gerade die jungen Menschen mobiler werden können. Es ist uns ja gesagt worden, dass die heranwachsende Generation während ihres Arbeitslebens mehrere unterschiedliche Arbeitsplätze und auch in unterschiedlichen Ländern wahrnehmen wird. Dem müssen die Sozialversicherungssysteme folgen, statt diejenigen zu benachteiligen, die die unterschiedlichen Möglichkeiten für die Ausübung ihres Arbeitslebens in Anspruch nehmen. Das gleiche gilt übrigens für Patienten. Unser dänischer Kollege hat gesagt, wenn ich ihn richtig verstanden habe, es gebe zahlreiche dänische Rentner, die längere

Zeiträume in ihrer Zweitwohnung verbringen, etwa im südlichen Europa. Wenn sie aber eine Krankenhausbetreuung brauchen, müssen sie nach Dänemark zurück, um sie in Anspruch zu nehmen. Das ist ungünstig für sie, das ist ungünstig für die nationalen Systeme. Deshalb meine ich, es wäre besser, wir führten eine Situation herbei, in der in den Ländern, in denen die Rentner sich zu dem Zeitpunkt des Eintritts der Krankheit aufhalten, bessere Krankenhausaufenthalte angeboten werden können, sodass sie dort besser behandelt werden können, wo sie sich jeweils aufhalten, wenn sie die Behandlung in Anspruch nehmen, statt dass sie erst reisen und in ihr Heimatland zurückkehren müssen. Vielen Dank.

Nicolas Papadopoulos (Zypern): Herzlichen Dank. Ich möchte mich meinen Kollegen anschließen, die Ihnen dafür gedankt haben, dass Sie diese Konferenz ausgerichtet haben. Ich möchte auch unseren österreichischen Kollegen danken, die ja die Initialzündung dazu gegeben haben. Wir stehen nicht alleine vor diesen Fragen. Das stellen wir bei dieser Gelegenheit fest, denn die meisten Staaten der EU stehen vor dem gleichen Problem, und ich glaube, es war für uns sehr, sehr wertvoll heute, die Äußerungen unserer Kollegen zu hören, die uns bereichern werden, wenn wir in unseren jeweiligen Ländern die gleichen Entscheidungen fällen müssen. Wir stehen alle vor dem demografischen Wandel. Es gibt also eine wachsende Zahl von Rentnern und entsprechend mehr Ausgaben für Renten. Wir müssen also die finanziellen Mittel zur Finanzierung dieser Systeme verbessern. Wir müssen eine bessere Produktivität erreichen in der Art, wie die zusätzlichen Mittel ausgegeben werden. Wie Frau Dr. Hendricks gesagt hat, gehört Zypern zu den sechs EU-Ländern, die zu der gefährdeten Kategorie gehören. Ich möchte Ihnen deshalb mitteilen, dass wir den drittgrößten Rückgang der Geburtenrate seit den 80er Jahren in diesen Tagen beobachten. Wir haben versucht, der in der Folge rückläufigen Zahl an Arbeitskräften entgegenzutreten, indem wir die Zuwanderung gefördert haben. Allerdings sprechen wir natürlich bei dieser Emigration von legaler Emigration. Nun ist es in meinem Land so, dass wir auch ein erhebliches

Problem mit illegalen Arbeitnehmern haben. Das gehört vielleicht nicht zu der heutigen Diskussion, ist aber eine Frage, die auch in diesem Zusammenhang untersucht werden sollte. Seit einigen Jahren haben wir bei dem Abbau der öffentlichen Verschuldung, vor allen Dingen der öffentlichen Defizite, erhebliche Fortschritte gemacht und hoffen, in nicht allzu ferner Zukunft, nämlich am 1. Januar 2008, der Eurozone beitreten zu können. Allerdings haben wir nicht die gleichen Fortschritte bei der Reform der Sozialversicherung gemacht. Das ist ein zweites Problem im Zusammenhang mit der rückläufigen Geburtenrate. Wir nehmen etwa das Beispiel Frankreich. Vielleicht kann Frankreich uns sagen, wie wir eine Steigerung der Geburtenrate herbeiführen können. Wir versuchen zunächst einmal, die Leistungen für Familien, die mehr als zwei Kinder haben, erheblich zu steigern, und hoffen, dass das Früchte tragen wird. Wir werden Sie darüber auf dem Laufenden halten. Nun zur Reform des sozialen Netzes, insbesondere des Rentensystems: Wir hatten sehr schwierige Diskussionen mit den Sozialpartnern, um Mittel und Wege zu finden, wie wir dieses System reformieren können. Denn uns steht in naher Zukunft ein schlichter Bankrott dieser Systeme vor, wenn wir nicht einschneidende Veränderungen vornehmen. Es ist die Rede von einer Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 Jahre. Diese Diskussion ist noch nicht wirklich vorangegangen. Wir haben zunächst einmal das Rentenalter von 63 auf 65 Jahre heraufgesetzt. Aber ich denke, es wird auch ein Rentenalter von 67 Jahren irgendwann am Horizont auftreten. Wir werden wohl gezwungen sein, die Beiträge zur Sozialversicherung zu erhöhen. Aber auch das wird nicht reichen. Wir investieren natürlich in diese Systeme, aber müssen auch dafür sorgen, dass die Systeme ihre Früchte tragen, und zwar in einer gesunden Umwelt. Wir müssen die Finanzmärkte regeln. Wir müssen das Problem der Hedge-Fonds in den Griff bekommen, damit die Sozialsysteme der Staaten nicht aus dem Ruder gehen. Es gibt natürlich keine Einheitsantwort auf all diese Fragen. Darüber hinaus wird die Antwort, egal wie sie aussieht, schmerzhaft und hart sein. Aber ich denke, unsere Länder müssen sich dazu entschließen im Interesse ihrer Bevölkerungen. Herzlichen Dank.

Dr. Günter Stummvoll (Österreich): Herr Oswald, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich melde mich aus einem Grund nochmals zu Wort. Es hat die Frau Dr. Hendricks in ihrem ausgezeichneten Referat die Botschaft versendet, die einige Diskussionsredner unterstrichen haben, wir sollen das Thema nicht dramatisieren. Das ist völlig richtig, und ich unterschreibe das voll. Denn in der Tat will zwar niemand alt werden, aber wir alle wollen länger leben. Also etwas Positives im Grunde. Es ist eine völlig richtige Aussage, aber ich weise darauf hin, sie ist auch nicht ungefährlich diese Aussage. Warum? Wenn wir ehrlich sind, neigt die Politik und neigen wir alle als Politiker ohnehin dazu, im Zweifel eher an die nächste Wahl in ein, zwei oder drei Jahren zu denken und viel weniger an die Perspektive 2030 oder 2050 zu denken. D. h., wir haben hier zweifellos ein Spannungsverhältnis. Und wenn ich von der Pensionsreform in Österreich berichten darf, alle Experten haben gesagt, ihr greift zu wenig ein in das Pensionssystem. Und die Opposition hat gesagt, ihr greift viel zu stark in das Pensionssystem ein. D. h., die Verlockung der Politik, zu sagen, es ist ohnehin nicht dramatisch, lassen wir die Zügel ruhig ein bisschen locker, diese Verlockung ist zweifellos in der Politik immer vorhanden. Umso mehr betone ich das, weil wir hier, das haben wir - glaube ich - alle gesehen, erstens eine unglaubliche Bandbreite der Reformmaßnahmen haben. Es gibt hier fast keinen Bereich, der ausgenommen ist. Die Gesundheitspolitik, die Bildungspolitik, die Arbeitsmarktpolitik, die Finanz- und Budgetpolitik. Es gibt hier kaum einen Bereich, der ausgenommen ist, zur Lösung des Problems beizutragen. Und wir alle wissen, dass diese strukturellen Reformen ja keine schnellen Motorboote sind, sondern eher schwerfällige Tanker, die den Kurs nicht leicht ändern können. Meine Botschaft würde lauten: Ja, keine Dramatisierung, aber Problembewusstsein massiv steigern. Wir alle wissen, in der Politik kannst du Maßnahmen nicht treffen, wenn deine Wählerinnen und Wähler das Problembewusstsein nicht haben. Jetzt glaube ich kaum, dass irgendwer in Europa nicht anerkennt das Problem der Aging Society. Das wissen die Menschen. Aber ich fürchte, sie unterschätzen massiv das Ausmaß der Herausforderungen, das haben wir auch gesehen

in Österreich bei der Pensionsreform. Jeder hat gewusst, die Pensionsreform ist notwendig. Aber das Ausmaß, wie jede dann selbst betroffen war, war natürlich etwas ganz anderes. Daher Zustimmung zur Aussage nicht dramatisieren, aber gleichzeitig ein Ja zu Daten und Fakten auf den Tisch legen, die das Problembewusstsein heben, denn ohne Problembewusstsein werden wir viele Herausforderungen nicht bewältigen können. Ich sage noch einmal, wir müssen so ehrlich sein zu sagen, dass wir im Zweifel nicht in den Perspektiven 2030 oder 2050 denken, sondern eher an die nächste Wahl. Daher diese Feststellung von mir noch zum Abschluss.

Dr. Barbara Hendricks (Deutschland): Ja, Herr Vorsitzender, herzlichen Dank. Herr Kollege Stummvoll, Sie wissen ja wahrscheinlich, ich bin Sozialdemokratin, und wir haben auch unsere Erlebnisse und Erfahrungen mit der letzten Wahl gehabt. Das ist ganz unabhängig von politischen Richtungen. Das liegt an der jeweiligen Verantwortung, die man ausüben hat, und die hat man im Regelfall in der Regierung auszuüben. Ich glaube aber, Sie haben sicher Recht. Nicht dramatisieren und trotzdem die Menschen darauf einrichten und darauf hinführen, dass es eben zu Änderungsbedarf kommen muss, vielmehr dass es Änderungsbedarf gibt und dass sie diese Änderungen auch noch erleben werden und mit diesen werden umgehen müssen. Trotzdem glaube ich, dass es nicht so ganz stimmt, dass immer nur an die nächste Wahl gedacht wird. Der niederländische Kollege de Nerée Tot Babberich hat mich noch gefragt, wie wir das denn mit der Besteuerung machen für die Renten. Also, das haben wir in der letzten Legislaturperiode gemacht, und wir haben einen ganz langfristigen Übergang organisiert, nämlich bis zum Jahr 2025 werden schrittweise alle Pflichtbeiträge, die man zur gesetzlichen Rentenversicherung zu leisten hat, vollständig steuerfrei gestellt, und ab dem Jahr 2040, wenn man dann ins Rentenalter kommt, muss man seine Rente vollständig versteuern. Das wächst auf zwischen 50 bis auf 100 Prozent seit dem Jahr 2005. Also in 25 Jahren wächst die Steuerpflicht auf, immer für die jeweiligen, die neu in die Rente eintreten bis im Jahre 2040 eben 100 Prozent der Besteuerung zugrunde gelegt werden. Und schon in

2025 sind alle Pflichtbeiträge freigestellt. Das wächst natürlich auch seit 2005 auf. Wir haben auch übrigens jetzt in diesem Jahr beschlossen, gerade vor kurzem erst im Deutschen Bundestag, die Verlängerung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. Auch da haben wir eine Übergangsfrist von 2012 bis 2029, also im Jahr 2007 beschlossen. Beginn in 2012, immerhin auch fünf Jahre später mit einer Übergangsfrist bis 2029, Verlängerung vom 65sten auf das 67ste Jahr Renteneintrittsalter, durchaus natürlich in der Gefahr sich befindend, dass manche sich betroffen fühlen, die objektiv gar nicht betroffen sind. Und die Erfahrung habe ich eigentlich schon seit vielen Jahren gemacht, und das schließt an an das, was der portugiesische Kollege eben gesagt hat. Man trifft Menschen über 65 und die sind böse, weil die sagen, ihr tut so, als wären wir an all dem schuld, was uns so die Probleme macht. Ich habe seit vielen Jahren schon Vorträge gehalten zur nachhaltigen Finanzpolitik und habe dann immer - im Saal sind ja ältere Menschen auch, die sind schon im Rentenalter - und dann habe ich immer zu denen gesagt, sie meine ich gar nicht. Der so genannte Rentnerberg wird mal von denen gebildet - jedenfalls in Westeuropa -, die zwischen 1950 und 1970 geboren worden sind. Das ist in anderen Ländern anders. Also, da ist ja Geburtenrate sehr viel später natürlich abgesunken z. B. in Polen. Aber im Vergleich, so ist es in den Niederlanden und Deutschland und Frankreich und Westeuropa. Ungefähr gleich starke Geburtenzahlen von 1950 bis 1970 und dann ein deutliches Abflachen der Geburtenrate. Also, ich selber, ich bin gestern 55 geworden, ich gehöre auch zu denen, die mal den Rentnerberg bilden, ja, das sind eben die, die zwischen 1950 und 1970 geboren sind. Aber betroffen, wenn man darüber spricht, fühlen sich immer die, die heute schon im Rentenalter sind, also die jetzt schon jenseits der 65 sind, obwohl die gar nicht betroffen sind. Das sind noch verhältnismäßig wenige. Da haben wir eben auch drüber gesprochen. Deswegen glaube ich auch, Kollege Stummvoll, Sie haben Recht, darauf hinweisen, was nötig ist und was auf uns zukommt, was nicht nur die Finanzpolitik betrifft, sondern eben auch die Sozialpolitik und andere Politiken. Aber die Aussage, man dächte immer nur an die nächste Wahl, ist nicht richtig. Wir neigen vielleicht dazu, ist schon klar. Aber die Beispiele, die ich Ihnen gerade gesagt habe aus

der deutschen Politik, also zunehmende Versteuerung der Renteneinkommen und Freistellung der Beiträge mit diesen langen Übergangsfristen sprechen dagegen; oder wir haben auch schon in der vorletzten Legislaturperiode den bundesstaatlichen Finanzausgleich zugunsten der Bundesländer, also nach der Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland, der so genannten neuen Länder, das haben wir bis 2019 festgelegt. Das haben wir im Jahr 2001 beschlossen mit Wirkung von 2005 bis 2019. Also, es gibt, da bin ich übrigens persönlich auch ganz stolz drauf, es gibt durchaus Beispiele von Regierungsgunst, die eben nicht kurzatmig sind. Herzlichen Dank.

Vorsitzender Eduard Oswald: Wir hatten eine wertvolle Diskussion. Es zeigt sich, dass wir uns in der Tat treffen müssen, dass es notwendig ist, dass sich Finanzpolitiker der Nationalstaaten treffen. Es ist wichtig, dass wir Meinungen austauschen. Und liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten eines tun, wir sollten das nicht nur dann in der nächsten Konferenz machen, sondern wenn eine Situation eintritt, dass man in einem nationalen Parlament ein Thema hat, wo man sagt, da bräuchten wir jetzt Informationen aus dem anderen Land, dann nicht scheuen und zu sagen gegenseitig, bitte, wir haben ja dieses gegenseitige Adressmaterial, zu sagen, jetzt gehen wir an den zuständigen Kollegen im Finanzausschuss dieses und jenes Landes, von dem haben wir das und das gehört und rufen die Informationen ab. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt, um sozusagen im Dialog zu bleiben. Es ist großartig, dass wir schon den Hinweis haben, 5. und 6. November, und bedanke mich ganz herzlich bei unserem portugiesischen Kollegen, der dies angekündigt hat, und wie wir ihn kennen, wird er uns ein großartiges und inhaltsreiches Programm darstellen Und ich glaube, wir werden das Protokoll versenden, werden dann auch - jeder für sich - es auswerten, um natürlich auch die notwendigen Schlüsse daraus zu ziehen. Wir stehen in der Verantwortung. Ich glaube, das gilt für uns alle als Mahnung und Verpflichtung, stets unseren Auftrag nicht zu begreifen mit dem Blick nur auf nächste Wahlen. Ich nehme das schon so auf, sondern in der Tat in der Verpflichtung darüber hinaus letzten Endes in der Gesamtverantwortung unseres

Handelns und Tuns. Ich wünsche Ihnen dann einen guten Nachhauseweg in Ihre jeweiligen Länder. Ich danke Ihnen für das Kommen, danke Ihnen für das gute kollegiale Miteinander, danke auch meiner Stellvertretung und meinen Kollegen aus dem deutschen Finanzausschuss für die Begleitung dieser Konferenz und wünsche uns alles erdenklich Gute, wertvolle Ergebnisse unserer Arbeit und natürlich das gute Miteinander im Interesse unserer Nationalstaaten und unseres Europas. Vielen, herzlichen Dank.